

Innenminister **Pattakos**
Zuchthaus für Redakteure

GRIECHENLAND

PRESSE

Kosten verdoppelt

Die Presse ist frei.“ So beginnt Griechenlands neues Pressegesetz. Aber die folgenden Absätze beweisen, daß die Presse nicht frei ist.

Denn nicht weniger als 61 von den 101 Artikeln des Gesetzdekrets 346, das die Militärregierung im November — zweieinhalb Jahre nach ihrer Machtübernahme — veröffentlichte, befassen sich mit Pressedelikten und Sanktionen.

Fünf bis 25 Jahre Zuchthaus drohen Verlegern, Chefredakteuren und Redakteuren für Veröffentlichungen, die zum Umsturz aufreizen, aber auch für solche, die „Defätismus“ predigen.

Mehrmonatige Gefängnisstrafen riskieren Zeitungsmacher, die

- ▷ Texte, Abbildungen oder Darstellungen veröffentlichen, die eine „Wiederbelebung der politischen Leidenschaften hervorrufen können“;
- ▷ Berichte publizieren, die zu einer „Verderbung der Sitten der Jugend, zur Abstumpfung ihres nationalen Gewissens oder zur Ablehnung der Werte der hellenischen und christlichen Kultur anregen können“;
- ▷ Reportagen über Verbrechen und über anhängige Strafverfahren drucken;
- ▷ „Namen lebender Personen erwähnen, die an ... griechischen und verbündeten Geheimdiensten beteiligt waren“.

Da nach dem neuen Gesetz nichts veröffentlicht werden darf, was „das Vertrauen des Publikums zur nationalen Währung oder zur Volkswirtschaft erschüttern“ könnte, sind Berichte und Kommentare über Preissteigerungen und Zahlungsbilanz-

schwierigkeiten praktisch nicht mehr publizierbar.

Die Athener Obristen wollen in Zukunft auch ahnden — mit mindestens sechs Monaten Haft —, was anderswo auf der Welt meist als journalistische Ungeschicklichkeit angesehen wird: mißverständliche Schlagzeilen.

Das Gesetz, das am 1. Januar 1970 in Kraft tritt, droht nicht nur drakonische Strafen für unliebsame Berichte an, es stellt in einigen Artikeln auch die wirtschaftliche Existenz der Unternehmen in Frage.

Bislang konnte Papier zur Zeitungsherstellung generell zollfrei eingeführt werden. Jetzt steht dieses Recht nur noch Zeitungen mit einer Auflage von unter 25 000 Exemplaren zu.

Damit aber sind kleine regimehörige Blätter wie die Athener „Nea Politia“, von der sich auch zwei Jahre nach der Gründung nur 13 000 Exemplare verkaufen, begünstigt. Schon haben regierungsfreundliche Verleger zwei neue Zeitungsprojekte angekündigt.

Die großen unabhängigen Zeitungen „Akropolis“, „Apogevmatini“, „Nea“ und „Vradyni“, die eine Auflage von über 100 000 haben, müssen dagegen in Zukunft 95 Prozent des Zolls entrichten. Dadurch werden sich die Herstellungskosten verdoppeln (von 45 auf 90 Lepta je Exemplar). Die Zeitungen werden den Verkaufspreis wesentlich erhöhen müssen, um weiter erscheinen zu können.

Schließlich trifft auch eine im Gesetz festgelegte Neuregelung der Steuern, die Blätter mit hohen Auflagen höher belastet, vor allem die unabhängigen Großverlage.

Innenminister Pattakos begründete den Abbau der Vergünstigungen, die Zeitungsverlage unter den parlamentarischen Regierungen genossen, mit den Worten: „Damals hatten wir eine Diktatur der Presse, heute haben wir eine Demokratie.“

LIBYEN

MILITÄRREGIME

Nackte entfernt

Unter den Arkaden am Märtyrerplatz in der libyschen Hauptstadt Tripolis spielen Kinder mit den Trümmern der Arabisierung. Aus den Blechbuchstaben, die noch vor Wochen über dem Eingang einer italienischen Versicherungsgesellschaft hingen, biegen sie immer neue Formen.

Denn Libyens revolutionäre Offiziere, die Anfang September die Macht eroberten, ließen alle Inschriften in lateinischen Buchstaben übermalen oder zerschlagen.

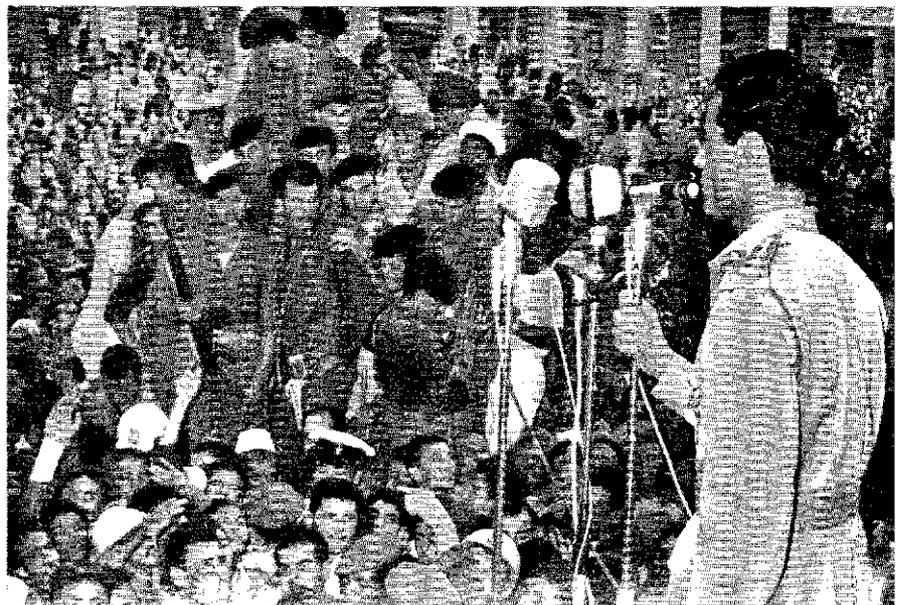
Seither tappen des Arabischen unkundige Ausländer genauso hilflos durch Libyen wie die zahlreichen Blinden des Landes und die zu 90 Prozent analphabetische Bevölkerung.

Ob Pepsi-Cola-Reklame, Telegrammformular oder Speisekarte, Rezept für ein Medikament oder Firmenbriefkopf, alles ist nur noch arabisch beschriftet. Kaum ein Autobesitzer, der die lateinischen Buchstaben auf seinem Nummernschild nicht überpinselt hätte.

An den Grundschulen verboten die erfolgreichen Revolutionäre den Englisch- und Italienisch-Unterricht, 170 Mitglieder des amerikanischen Friedenskorps mußten das Land verlassen.

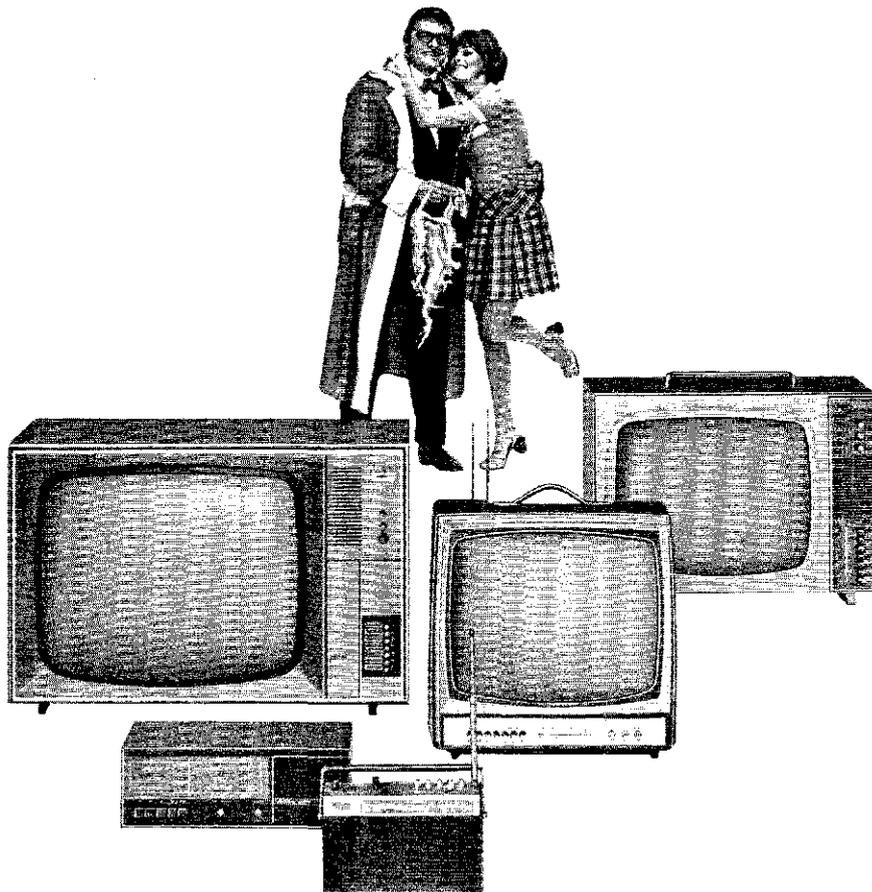
Ausländer dürfen in Libyen nicht mehr als Handelsvertreter arbeiten, italienische und libanesische Arbeiter auf den Ölfeldern müssen 40 Prozent ihres Gehalts im Land ausgeben und dürfen nur noch 60 Prozent nach Hause überweisen.

Mit der Revolution kam die Prohibition. Libyer, die von der Polizei mit alkoholischen Getränken ertrappt werden, müssen zwei Monate einsitzen. Versuchen Ausländer, mit Schnaps im



Putschisten-Chef **el-Gaddafi** (r.), Zuhörer: Schikane für Ausländer

Seien Sie sich selbst ein guter Weihnachtsmann



Schenken Sie Kuba

Farbfernsehergeräte stehen in fast allen Familien auf der Wunschliste. Ganz oben. Kein Wunder. Zahl und Qualität der Farbsendungen würden wesentlich verbessert. Bald wird auch die Tageschau in Farbe ausgestrahlt.

Rechtzeitig zu Weihnachten hat Kuba mit Monaco und Marino zwei Farbfernsehergeräte einer ganz neuen Generation herausgebracht. Die sollten Sie sich ansehen!

Das vielfältige Angebot von Schwarz/weiß-Empfängern der Marke Kuba enthält für jeden Wunsch das richtige Geschenk. Lassen Sie sich zum Beispiel Kuba Bordeaux zeigen: ein 61 cm Fernsehgerät in vielen Gehäuse-Varianten

und mit dem Electronic-Tuner ET 100. Besonders beliebt sind die Fernsehkoffer Kuba Chico-Luxus und Chico-Spezial. Die Kompaktfernseher Kuba Lübeck und Hamburg sind geschaffen für den, der noch kein eigenes Fernsehgerät hat. Da sie bald hier bald dort spielbereit sein sollen, erhielten sie einen abnehmbaren Tragegriff.

Die Rundfunktischgeräte Rimini, ebenfalls in Nußbaum Dekor oder mit Farbgehäuse, und das superflache Vierwellenbereichs-Transistorgerät Venetia (schmal und handlich wie ein Buch) sind von jung und alt begehrt.

Kuba bietet Ihnen die passenden Geschenke. Für Sie selbst und für andere:



KUBA-IMPERIAL GMBH 334 WOLFENBÜTTEL POSTFACH 360

Gepäck einzureisen, zerschmettern die peinlich genau kontrollierenden Zollbeamten die Flaschen auf dem Fußboden.

Nicht-Moslems müssen sich an islamische Speisevorschriften halten. Der Import von Schinken und Schweinefleisch ist untersagt.

Sogar auf arabische WC-Sitten sollten sich die Ausländer umstellen: Wochenlang hielten die libyschen Zollbehörden Kisten mit Toilettenpapier zurück.

Libyens neue Herren entdeckten auch den Puritanismus. Die italienischen und deutschen Revue-Mädchen, die vor dem Putsch den Gästen des Uaddan-Hotels in Tripolis harmloses Show-Vergnügen boten, wurden nach Hause geschickt. Selbst Tanzveranstaltungen sind verboten.

Nackte in ausländischen Zeitschriften werden vom Zensor entfernt — auch aus dem SPIEGEL. Die Seiten mit unbekleideten Eingeborenen in der SPIEGEL-Serie über den Indianermord in Brasilien riß Oberleutnant Aschur, Zensor für deutsche Zeitungen und in der Bundesrepublik ausgebildeter Starfighter-Pilot, heraus.

Mit solchen Maßnahmen gegen die 50 000 Ausländer im Zwei-Millionen-Reich Libyens erwarb sich der Revolutionsrat rasch die Sympathie der Massen. Er ist der jüngste Revolutionsrat der Welt, das Durchschnittsalter seiner etwa zehn Mitglieder — die genaue Zahl wird geheimgehalten — liegt bei 28 Jahren, und Putschisten-Chef Oberst Muammar el-Gaddafi, 27, ist einer der Welt jüngsten Staatschefs.

Er ist der einzige Revoluzzer, der bislang aus der Anonymität hervortrat. Alle anderen Putschisten-Twens blieben im dunkeln. „Namen sind unwichtig, sie fördern nur den Personenkult“, sagte ein verummtes angebliches Mitglied des „Revolutionären Kommandorates“. Botschafter fremder Staaten wissen oft nicht, wen sie bei einem Gespräch mit dem Revolutionsrat vor sich haben.

Im dunkeln blieb freilich auch das Programm der angeblich sozialistischen Militär-Revolutionäre. Sie arabisieren ihr Land, sie bekennen sich zur arabischen Solidarität gegen Israel, sie proklamieren Fremdenhaß — aber das tun die sogenannten progressiven Regime in Syrien und dem Irak auch. Daß in Libyen ein neuer, jenseits des nationalistischen Credos angesiedelter arabischer Sozialismus geboren werde, blieb bislang eine Illusion.

Aber das puritanische Bekenntnis dieser Revolutionäre scheint aufrichtig, wenn auch durch die Geheimnistuerei etwas sektiererhaft — wie oft bei Militär-Diktatoren. Sie verzichten auf die Anredeform „Exzellenz“ und weigern sich, in den Luxusautos ihrer Amtsvorgänger zu fahren. Ministerpräsident el-Maghrabi, im palästinensischen Haifa geboren und 1948 aus Israel zugewandert, fährt einen Fiat 850 und rückt mit Studenten zur Olivenernte aus. Rund 500 Mercedes-Limousinen stehen unbenutzt in einer Regierungs-Garage. Die Chauffeure wurden zu Boten degradiert.

Alle Angehörigen der Streitkräfte erhielten als Putsch-Prämie drei Monatsgehälter extra — seither hat die Fiat-Vertretung in Tripolis wegen der vielen Aufträge von Soldaten Liefer-schwierigkeiten. Die Paläste des Königs und des Kronprinzen sollen in Kindererholungsheime und Krankenhäuser umgewandelt werden.

Libyens anonyme Putschisten lösten eines der ältesten und konservativsten Staatsoberhäupter ab: König Idris es-Senussi, 80. Schon seit Jahren hatte sich der stets leidende König nur noch auf Koran-Studien beschränkt und die Staatsgeschäfte seinen korrupten Hof-schranzen überlassen.

Sie verwandelten das Wüstenreich in einen Korruptionssumpf. Allein Omar Schalhi, außenpolitischer Berater des Königs, hat in den letzten vier Jahren 500 Millionen Mark zusammen-gerafft.

Die Militärs, deren Staatsstreich nur vier Stunden dauerte, regieren eines



Gestürzter König Idris*
Nur noch den Koran gelesen

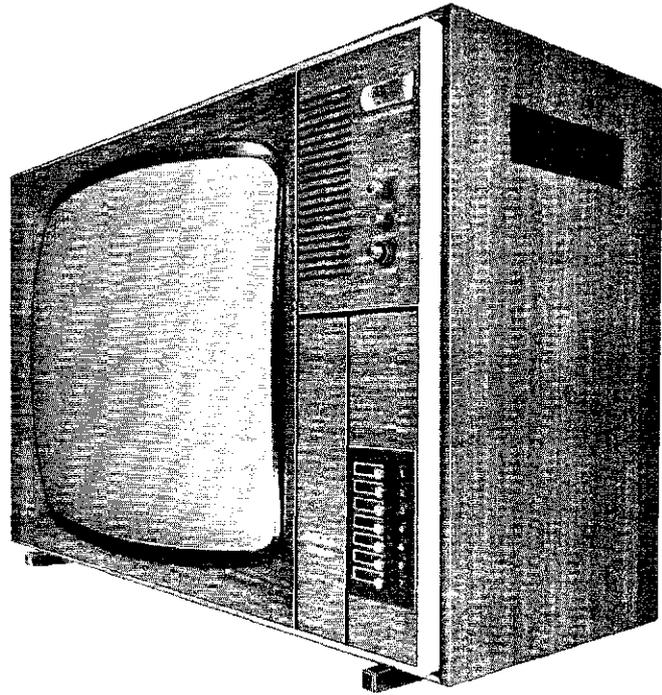
der reichsten Entwicklungsländer der Welt. Jahrelang waren amerikanische und britische Basen sowie Panzerschrott aus dem Zweiten Weltkrieg die einzigen Einnahmequellen Libyens gewesen. Im ersten Jahr der Unabhängigkeit verwaltete der Finanzminister einen Etat von etwa 36 Millionen Mark; zehn Jahre später — 1961 — wurde die erste Million Tonnen Erdöl gefördert, rund 13 Millionen Mark flossen in die Staatskasse.

Im vergangenen Jahr förderten 46 Gesellschaften bereits 125 Millionen Tonnen Erdöl. Sie brachten Libyen fast zwei Milliarden Mark ein. Das Land wurde der viertgrößte Öl-exporteur der Welt — allein die Bundesrepublik bezieht fast die Hälfte ihres Rohöls aus Libyen.

So radikal sich die libyschen Militärs gegenüber Ausländern gebärden, Öl wollen sie ihnen offenbar noch auf Jahre hinaus verkaufen. „Wir planen

* Anfang September im griechischen Exil.

Kuba Color



Eine neue Color-Generation

Farbf Fernsehgeräte sind technische Meisterleistungen. Geschaffen für Menschen, die aus der Technik den Nutzen ziehen, ohne selbst in alle Details eingeweiht zu sein. Technik will bedienbar sein. Technik soll funktionieren. Ohne Ausfälle.

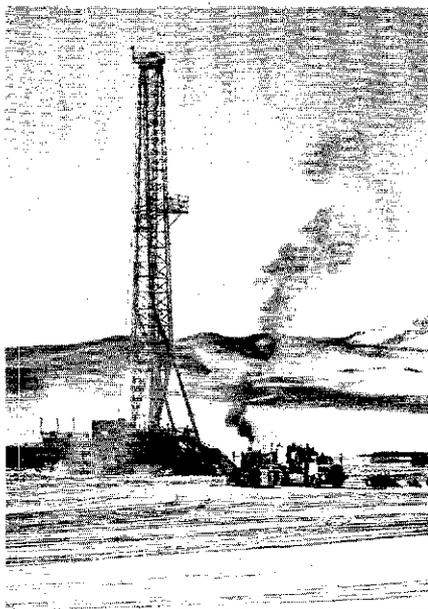
Die neuen Kuba Color-Geräte Monaco und Marino sind unübertroffen einfach zu bedienen. Narrensicher und zuverlässig. Eigentlich sollte man ihnen den Zusatz „Automatic“ verleihen. Denn sie haben nur einen Knopf mehr für Farbe, dank Farbtonautomatic. Automatischer Weißumschalter, automatischer Farbabschalter, automatische Entmagnetisierung, automatische Strahlstrombe-

grenzung (als Überlastungsschutz für die Farbbildröhre), automatische Anzeige von Farbsendungen (Farb-Indikator), automatische Einschaltstrombegrenzung. Schließlich sind sie ausgestattet mit dem besonders zuverlässigen Electronic-Tuner Kuba ET 100.

Das sind Argumente, die dem Fachmann imponieren. Grundlage für die faszinierende Leistung, die Ihnen Kuba Color bietet.

Fragen Sie in Ihrem Fachgeschäft nach den neuen Kuba-Farbf Fernsehgeräten Marino und Monaco. Ihr äußerlich sichtbares Kennzeichen ist der Color-Indikator. Kein anderes Fabrikat bietet Ihnen diesen zusätzlichen Pfiff.

Kuba
Color



Ölfeld in Libyen
„In diesem Lande sicher“

keine Verstaatlichung der westlichen Förderanlagen“, versicherte Erdölminderminister Scheiwi dem SPIEGEL, „denn vorerst fehlt es uns an qualifizierten Arbeitskräften.“ Sie wollen aber einen besseren Preis aushandeln, obwohl sie mit 99,7 amerikanischen Cents die höchsten Abgaben pro Faß kassieren.

Ganz sicher können freilich die in Libyen tätigen westlichen Firmen nicht mehr sein. „Die Nationalisierung war in vielen Ländern ein falscher Weg“, schrieb die Regierungszeitung „El-Thawrah“. Wenige Tage später verstaatlichte der Revolutionsrat vier Banken, die sich in britischem und italienischem Besitz befanden.

Ganz sicher dagegen dürften die amerikanischen und britischen Stützpunkte in Libyen bald geräumt werden. Schon kurz nach seiner Machtergreifung forderte el-Gaddafi den Abzug der ausländischen Truppen — andernfalls drohte er den Großmächten mit einer „totalen Konfrontation“. Die amerikanisch-libyschen Rückzugsverhandlungen sollen schon Mitte dieses Monats beginnen.

Seit dem Putsch haben die Amerikaner bis auf zehn F-100-Düsenjäger und einige Hubschrauber alle Maschinen von der Wheelus Air Base bei Tripolis abgezogen, um das neue Regime nicht unnötig zu provozieren.

Die Amerikaner provozierten dennoch. Sie schmuggelten zwei libysche Juden über den Stützpunkt ins Ausland. Die Libyer verhängten daraufhin über alle US-Kampfmaschinen ein Startverbot. Seither gleicht die 900 Hektar große Trainingsbasis — früher mit annähernd 500 Flugbewegungen täglich einer der am meisten angeflogenen US-Stützpunkte der Welt — einer verlassenen Filmkulisse.

Über 3000 US-Luftwaffensoldaten warten nahezu beschäftigungslos auf den Marschbefehl nach Hause. Vor zwei Wochen veranstalteten sie bereits

eine verfrühte Abschiedsfeier, bei Bier, Würstchen und Sauerkraut.

Den Briten ergeht es nicht besser. Obwohl ihr Freundschafts- und Beistandspakt mit Libyen erst 1973 endet, werden sie ihr Trainingscamp für den Wüstenkrieg und die Luftwaffenbasis El-Adem bei Tobruk vorzeitig aufgeben.

Sie fürchten vor allem, die Offiziere könnten die vom König für fast zwei Milliarden Mark bestellten Rüstungsgüter — ein Luftabwehrsystem und Chieftain-Panzer — abbestellen, wie eine gezielte Falschmeldung der ägyptischen Nachrichtenagentur Mena bereits verbreitete. „Ich glaube nicht“, vertraute Englands Botschafter Maitland dem SPIEGEL an, „daß die Libyer das Abkommen gekündigt haben.“ Sicher weiß er es mithin auch nicht.

Seit in Libyen die Soldaten herrschen, sieht sich Ägyptens Staatschef Nasser einem seiner Lieblingsziele näher. „Wenn wir Libyens Reichtum besäßen“, schwärmte er einst, „dann könnten wir uns hundert Jahre Krieg gegen Israel leisten.“

Nur widerwillig hatte König Idris seit 1967 auf Konto der arabischen Solidarität jährlich 560 Millionen Mark für Kriegsverluste an Ägypten und Jordanien gezahlt. Jetzt hofft Nasser, daß er aus Libyen mehr Geld erhält und damit von den Zahlungen seines Rivalen Feisal von Saudi-Arabien unabhängig wird.

An einem einzigen Tag im Oktober landeten auf dem Flugplatz von Tripolis etwa 200 ägyptische Instrukteure für die libysche 15 000-Mann-Armee. Ägyptische Flotteneinheiten legen regelmäßig in Libyen an — mit Russen an Bord, wie die am Hafen von Tripolis gelegene britische Botschaft feststellte.

Durch den libyschen Putsch erlangten die militant-progressiven Staaten in der arabischen Liga die Mehrheit. Aber auch die außenpolitischen Absichten der Offiziere blieben bislang unklar-phantastisch. So wollen sie zusammen mit Ägypten und dem Sudan eine Union bilden. Seit vier Wochen wehen über allen öffentlichen Gebäuden die rot-weiß-schwarzen Fahnen Ägyptens.

Aber die arabischen Brüder verlangen wahrscheinlich zuviel von den Libyern. „Um die Revolution abzuschern“, riet der irakische Innenminister General Ammasch dem Oberst el-Gaddafi, „müßt ihr 2000 Reaktionäre umbringen.“

Libyens neue Machthaber halten sich lieber an die Ausländer. Seit dem Krieg von 1967 haben rund 6000 Juden das Land verlassen, nur ein Dutzend blieb zurück.

Ausweisung droht jetzt den über 30 000 Italienern, die noch in Libyen leben. Im Oktober ließ das Regime tagelang einen Sturm des Pöbels auf italienische Geschäfte vorbereiten — aber im letzten Moment wieder absagen.

Als die neuen Herren die lateinischen Schriftzeichen entfernen ließen, blieb an einer Gartenmauer gegenüber

dem Libya Palace Hotel in Tripolis eine Losung erhalten: „You are safe in our country“ („Ihr seid in unserem Lande sicher“).

Seit einigen Tagen ist auch diese Schrift weiß übertüncht.

DIPLOMATEN

WASHINGTON

In der Sandkiste

Sowjetische U-Boote pirschten durch den Nanticoke River, meldeten wachsame Bürger aus dem US-Staat Maryland.

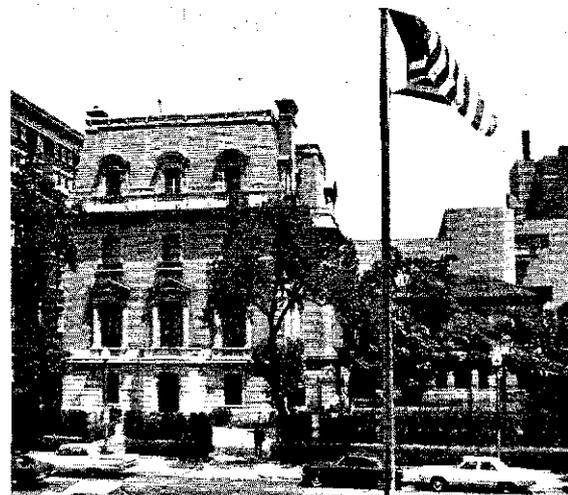
In Wahrheit liefen Sowjet-Diplomaten Wasserski und angelten. Doch leibhaftige Russen sind für US-Bürger noch immer eine solche Sensation, daß aus Wasserski leicht ein U-Boot wird.

Rote Drahtzieher, glauben viele Amerikaner, hetzen Amerikas Schwarze zur Rebellion auf, umgarnen Amerikas Hippies, organisieren die Streiks der Müllabfuhr. „Viele naive Amerikaner scheinen nicht zu wissen, in welchem Ausmaß die Kommunisten und ihre Helfer noch immer versuchen..., die großen freien Einrichtungen in unserem geliebten Amerika zu zerstören“, warnte Senator Karl Mundt aus Süd-Dakota.

Mehr als einmal hörte der inzwischen ausgewiesene Washingtoner „Tass“-Korrespondent Viktor Kopytin einen „Verzückungsschrei“ amerikanischer Gesellschaftsdamen: „A real communist, how exciting“ (ein echter Kommunist, wie aufregend).

Rund 1000 Sowjet-Bürger residieren derzeit in den USA, 729 Sowjet-Bürger kamen im vergangenen Jahr zu Besuch. „Kalt, aber höflich“, berichtete ein russischer Diplomat, wurden sie von ihren Gastgebern empfangen. Das Mißtrauen ist amtlich und gegenseitig: Seit 1946 schickte Washington 43 Sowjet-Diplomaten wegen „intelligence activities“ (Spionage) nach Hause. Etwa ebenso viele US-Diplomaten mußten die Sowjet-Union verlassen.

Nur selten unterhalten US-Regierungsbeamte freundschaftliche Kon-



Sowjet-Botschaft in Washington
„Alle haben Heimweh“